

Rudolf V.A. JANSSENS: „*What Future for Japan?*“ *U.S. Wartime Planning for the Postwar Era, 1942–1945*. Amsterdam und Atlanta, GA: Editions Rodopi B.S. 1995, xxi, 504 S. (Amsterdam Monographs in American Studies, Vol. 5).

Die amerikanische Planung für die Behandlung Japans nach dem Pazifischen Krieg begann schon bald nach Ausbruch der Feindseligkeiten, war aber zunächst keineswegs koordiniert. Zahlreiche militärische wie zivile Dienststellen und private Forschungsinstitutionen (vor allem der Council on Foreign Relations, der die angesehene Zeitschrift *Foreign Relations* herausgab, und das Institute of Pacific Relations, das sich schon in der Vorkriegszeit mit Symposien und Publikationen einen Namen gemacht hatte), die wiederum mit Regierungsvertretern zusammenarbeiteten, führten zunächst jeder für sich Studien durch, so daß das Material weit verstreut und unübersichtlich ist. Dem Autor, der eine bewundernswerte Fülle von offiziellen und privaten Papieren untersucht hat, gebührt das Verdienst, allerhand Schneisen durch den Quellenschwungel geschlagen zu haben.¹ Dadurch ermöglicht er Einblicke in die Entstehung der Besatzungspolitik und damit in einen Entwicklungsprozeß, in dem nur sehr schwer ein roter Faden auszumachen ist. Das Werk ist durch einen Dokumentenanhang und nützliche Glossare ergänzt. Der Index, in den viele Namen gar nicht aufgenommen sind, ist allerdings unzureichend.

Janssens stellt sich nicht nur die Frage, welche Ziele sich die Amerikaner bei ihren Planungen stellten, sondern auch, wie diese von den herrschenden Japan-Bildern beeinflusst waren. Schließlich untersucht er kurz, was von der Planung während der Besatzungszeit in die Praxis umgesetzt wurde bzw. welche Abweichungen vorgenommen wurden.

So unterschiedlich die Vorstellungen und Ziele der Planer auch waren, so stimmten sie doch in der Grundüberzeugung überein, daß Japan nach seiner Niederlage gründlich würde umgestaltet werden müssen, damit es nie wieder imstande wäre, Krieg zu führen. Viel Zeit für eine *reeducation* bliebe aber nicht, da alle Planer von der Ratsamkeit einer möglichst kurzen Dauer der Besatzungszeit überzeugt waren. Ansonsten aber herrschten die unterschiedlichsten Vorstellungen, und die einzelnen Gruppierungen bekämpften sich mit ihrem „Krieg der Memoranden“ gegenseitig.

Janssens verdeutlicht, daß es dabei sowohl radikale Vorschläge gab, die mitunter bis zur physischen Vernichtung des japanischen Volkes reichten und sich auf die öffentliche Meinung stützen konnten – sogar der Begriff „Karthago-Lösung“ lief um –, als auch Konzepte für einen friedvollen Wandel, den vor allen Dingen der ehemalige Botschafter in Tôkyô, Joseph C. Grew, und seine Mitarbeiter – viele von ihnen verfügten im Gegensatz zu anderen Machtgruppen über Japanerfahrung – im State Department vorlegten. Ihnen zufolge gab es durchaus „gemäßigte“ oder gar „liberale“ Elemente in Japan, die man für die Nachkriegspolitik einsetzen könnte. Dazu gehöre auch der Kaiser selbst. Auch den Shintoismus sah Grew nicht als die Wurzel allen Übels. Die Japaner seien wie Kinder oder gar „Schafe“, die man leicht in jedwede Richtung lenken könne. So wie sie willig den Militaristen in den Krieg gefolgt seien, könnten sie mitsamt Tennô in die von

1 Über die in deutschen Bibliotheken vorhandenen Mikrofilm/Mikrofiche-Bestände, u. a. zur Nachkriegsplanung der USA, gibt folgendes Verzeichnis Auskunft: Freddy LITTEN (Hg.): *Britische und amerikanische Aktenpublikationen zu Ostasien im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Führer zu Mikroform-Beständen der Bayerischen Staatsbibliothek und der Staatsbibliothek zu Berlin*. München, Osteuropa-Institut, Mitteilungen, Nr. 1, Oktober 1994.

den Amerikanern gewünschte Entmilitarisierung und Demokratisierung geführt werden. Der Kaiser könnte dabei geschickt als Lenkungsinstrument und gleichzeitig als Mittel zur Stabilisierung der Nation eingesetzt werden. Die Lösung läge also in der Auswechslung der Führung. Zunächst aber müßten die „*military gangsters*“ ausgeschaltet und die Nation völlig besiegt werden, damit sie sich nicht – wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg – wieder erholen und einen Revanchekrieg führen könnten. Grew stand im Gegensatz zu Stanley Hornbeck, bis 1944 Leiter der Fernostabteilung im Außenministerium mit einer grundsätzlichen Abneigung gegen alles Japanische, und anderen *hardliners*, die Japan für schlicht nicht reformierbar hielten, so daß es nur durch Isolation und Zwang zu kontrollieren wäre. Grew war aber durchaus der Ansicht, Kaiser Hirohito müsse für seine Rolle bei Japans Weg in den Krieg zur Verantwortung gezogen werden, aber nicht wie „Volkes Stimme“ in den USA forderte, indem man ihn aufknüpfte, sondern z.B. durch Abdankung zugunsten des minderjährigen Kronprinzen. Trotzdem geriet Grew in den Medien als „Freund des Kaisers“ unter starken Beschuß und mußte, zumindest in öffentlichen Äußerungen, vorsichtiger taktieren.

Der Autor weist nach, daß sich sowohl in der harten wie – wenn auch weniger ausgeprägt – der gemäßigten Richtung ein starker Rassismus zeigte. Der Unterschied lag nur in dem Urteil, ob die Japaner eine unverbesserlich aggressive Rasse seien, oder ob sie von den höher stehenden Weißen in die gewünschte Richtung geführt werden könnten. Rudyard Kiplings berühmtes Wort, wonach Ost und West nicht zusammenfinden könnten, wurde als Glaubensbekenntnis bis zum Überdruß zitiert. Studien, die weite Kreise ziehen sollten, wurden zum Teil von Autoren verfaßt, die sich zum ersten Mal im Leben mit Japan befaßten und das Land nie betreten hatten, so wie die Anthropologin Ruth Benedict.

Die wichtigsten Planungen wurden unternommen im Kriegs-, Marine- und Außenministerium (in dessen *Advisory Committee on Problems of Foreign Relations* und vor allem dem *Territorial Subcommittee*) sowie in der weniger einflußreichen Spionageorganisation und Vorläuferin der CIA *Office of Strategic Services* (OSS), das ebenfalls über namhafte Japanspezialisten verfügte. In der Propagandaorganisation *Office of War Information* (OWI) machte man dagegen zwar Untersuchungen über Japan – so z.B. durch Ruth Benedict –, aber keinerlei Pläne für eine künftige Besatzungspolitik. In vielen Studien wurden neben – heute eher akademisch anmutenden – Fragen nach der Vereinbarkeit von Ost und West Untersuchungen nach den einzusetzenden politischen Gruppen, nach Wirtschaftsstrategien zur Sicherung des ökonomischen Überlebens, nach dem Vorgehen gegen die Industriekonzerne (*zaibatsu*) und vor allen Dingen nach Beibehaltung oder Abschaffung der Monarchie angestellt. Über die notwendige *reeducation* herrschten äußerst schwammige Vorstellungen, und am liebsten wurde das Thema offensichtlich umgangen.

Auf die Zukunft gerichtete Planungen wurden am ehesten vom Außenministerium angestellt, behindert jedoch durch die inneren Spannungen, personifiziert durch Hornbeck und Grew – oft verkürzt als Auseinandersetzung der „*China Crowd*“ gegen die „*Japan Crowd*“ bezeichnet. Letztere erhielt auch die Unterstützung des angesehenen britischen Diplomaten und Japanwissenschaftlers Sir George Sansom, der an der Washingtoner Botschaft seines Landes tätig war.

Im Laufe des Jahres 1944 wuchs der Einfluß von Finanzminister Morgenthau auf Roosevelt, so daß eine härtere Besatzungspolitik für Deutschland wie für Japan zu erwarten war. Außen-, Kriegs- und Marineministerium rückten daher näher zusammen und bildeten Ende des Jahres einen gemeinsamen Ausschuß auf der Ebene der Staatssekretä-

re zur Erarbeitung von Plänen. Dies war die einzige Koordinierungsmaßnahme, die diesen Namen verdient. Außerdem hatte Grew im Mai 1944 Hornbeck als Leiter der Fernostabteilung im Außenministerium abgelöst und damit der Partei der Gemäßigten ein gewisses Gewicht verschafft.

Staatssekretär – und 1945 zeitweise amtierender Außenminister – Grew plädierte dafür, die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation einzuschränken, zumindest dahingehend, daß man den Weiterbestand der Monarchie zusage. Mit Roosevelts Tod im April 1945 verschoben sich die Gewichte: Unter Truman ging Morgenthau's Einfluß zurück, wohingegen derjenige von Kriegs-, Marine- und Außenministerium wuchs. Der Präsident aber entschied unabhängig bzw. höchstens unter Mitwirkung des neuen Außenministers Byrnes: Statt einer Bestandsgarantie für die Monarchie wurde in der Potsdamer Erklärung nur zugesagt, das japanische Volk solle über die Regierungsform entscheiden. Ähnlich scheiterten Grew und Kriegsminister Stimson mit ihrer Forderung nach einer offenen Warnung an Japan mit dem Einsatz der Atombomben.

Das Japan der Besatzungszeit wurde der Kontrolle der amerikanischen Armee unterstellt, eine Entscheidung, die – entgegen seinem früheren Konzept einer Zivilverwaltung – grundsätzlich noch von Roosevelt getroffen worden war. Anfang August hatten alle Verbündeten einschließlich der UdSSR Trumans Anregung akzeptiert, daß MacArthur Oberkommandierender der Alliierten in Japan würde.

Janssens ist klar, daß die Festschreibung der Besatzungspolitik einem schmerzhaften und langwierigen Entstehungsprozeß unterlag und erst im September 1945 abgeschlossen war, waren doch innerhalb des Koordinationsausschusses immer neue Entwürfe verfaßt und wieder verworfen worden; von außerhalb war erheblicher Druck ausgeübt worden. Erst am 7. September erhielt MacArthur seine klare Direktive:

The authority of the Emperor and the Japanese Government to rule the state is subordinate to you as Supreme Commander for the Allied Powers. You will exercise your authority as you deem proper to carry out your mission.

Bis zuletzt hatte Verwirrung geherrscht, selbst unter den Amerikanern. Diese unübersichtliche Entwicklung Anfang September 1945 ist in der Geschichtsschreibung noch lange nicht entwirrt, und leider umgeht Janssens dieses schwierige Thema: MacArthur, der am 2. September die japanische Kapitulation an Bord der Missouri entgegengenommen hatte, kündigte schon wenige Stunden später den Inhalt von drei Erlassen an: Alle Macht der japanischen Regierung einschließlich Verwaltung, Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit würden von den Besatzungsbehörden übernommen; Militärtribunale würden für Personen abgehalten, die gegen die Besatzungspolitik verstießen; die Militärbehörden würden eine Zweitwährung ausgeben (B-Yen), die den Noten der Bank von Japan gleichgestellt würde.

Die Japaner waren entsetzt und sandten Außenminister Shigemitsu nach Yokohama zu einer Besprechung mit MacArthur. Sie argumentierten, im Gegensatz zu Deutschland sei Japan nicht desintegriert, verfüge über eine stabile Regierung und der Kaiser persönlich garantiere eine Befolgung der durch die Besatzungsbehörden erlassenen Anweisungen. Die Potsdamer Erklärung habe man so verstanden, daß nur eine indirekte statt einer direkten Militärherrschaft ausgeübt würde. Nach einer langen Diskussion gab MacArthur in allen Punkten nach.

Was war passiert? Hatte der Marschall seine Direktiven auf Grund einer veralteten, in Washington nicht mehr gültigen Planung erlassen, da ihn die Revision noch nicht erreicht hatte? Und folgte er jetzt einer neuen, zumindest in den Grundzügen schon

bekannten Anweisung? Auf jeden Fall aber wurde in Japan Shigemitsu als Held gefeiert, und die Presse feierte eine Art „Sieg“ über die Amerikaner, die äußerst gereizt reagierten. War die bald darauf erfolgte Ablösung Shigemitsus eine Folge davon, oder beruhte sie auf innerjapanischen Querelen? Die Direktive vom 7. September schuf zwar Klarheit, doch sind die Hintergründe bis heute undurchsichtig.

Auch nach der Festschreibung einer indirekten Herrschaft war das Schicksal des Kaisers noch keineswegs entschieden. MacArthur entschloß sich aber bald, Person und Institution zu schonen, um die Besatzungspolitik zu erleichtern, die dafür notwendigen Truppen auf ein Minimum zu begrenzen und das Land zu stabilisieren. Parallel dazu konnte er seine Reformpolitik durchführen, von der vieles seiner eigenen Initiative entsprang, so z. B. die Landreform und die neue Verfassung.

Wie bei Janssens deutlich wird, resignierte der Kreis um Grew mit Beginn der Besatzungszeit und suchte sich andere Positionen – Grew selbst war dafür allerdings schon zu alt. Schnell aber zeigte sich, daß schon aus reinem Pragmatismus eine gemäßigte Politik gegenüber Japan angebracht war, die den Vorstellungen der einst diffamierten „*soft peace boys*“ sehr nahekam. So gelangten gemäßigte Kräfte wieder zu Einfluß: Der Diplomat Joseph Ballantine und der Wissenschaftler George H. Blakesley nahmen aktiv an der Reformpolitik teil, und auch Grews Rat war mitunter gefragt. Seine jahrelang propagierte Überzeugung von der Existenz eines „guten Japans“ diente geradezu zur bequemen Rechtfertigung einer milden Besatzungspolitik, und mit dem eskalierenden Kalten Krieg gaben die Amerikaner bald ihre anfängliche Bevorzugung sozialistischer Kräfte auf. So war es nicht verwunderlich, daß dabei Grews alte Freunde, die Klasse der Diplomaten – oft mit engen Beziehungen zum Kaiserhof –, führende Positionen übernahm und über lange Jahre Persönlichkeiten aus ihren Reihen den Premierminister stellten: Ashida, Shidehara und Yoshida. Sie übernahmen häufig auch den Vorsitz einer politischen Partei.

Umso bedauerlicher ist, daß Grews Vorkriegskontakte und seine – durch Rundfunk und Veröffentlichungen – nach Tôkyô ausgesandten Signale und deren Aufnahme in Japan nicht untersucht werden.² Seine Schriften sind zum Teil falsch datiert und ihr Inhalt erhält damit nicht den Sinn, der ihm im Kontext zukommt. Schwer verständlich ist auch, daß der Autor die beiden Standardwerke zur Person und Politik Joseph Grews offensichtlich gar nicht zur Kenntnis genommen hat.³

Gerhard Krebs, Potsdam

2 Dieser Zusammenhang findet in der Geschichtsschreibung nicht die gebührende Beachtung. Behandelt wurden bisher nur Grews Beziehungen zu Yoshida: John W. DOWER: *Empire and Aftermath. Yoshida Shigeru and the Japanese Experience, 1878–1954*. Cambridge/Massachusetts 1979; IOKIBE Makoto: „Yoshida Shigeru to Josefu Gurû“ [Yoshida Shigeru und Joseph Grew], in: *Yoshida Shigeru kinen jigyôzaidan hen: Ningen Yoshida Shigeru* [Die Persönlichkeit Yoshida Shigerus]. Tôkyô 1991, S. 184–203.

3 Waldo HEINRICHS: *American Ambassador: Joseph C. Grew and the Development of the United States Diplomatic Tradition*. Boston 1966; NAKAMURA Masanori: *The Japanese Monarchy. Ambassador Joseph Grew and the Making of the „Symbol Emperor System,“ 1931–1991*. Armonk, N.Y. 1992